



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung,
Forschung und Technikfolgenabschätzung

Pressemitteilung „Wirklich wichtiges Signal“ Grünen-Politiker Kai Gehring begrüßt Reform des Wahlrechts

Essen, 17.03.2023

Kai Gehring, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-74501
Fax: +49 30 227-76642
Kai.Gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Wahlkreisbüro Kai Gehring MdB
Kopstadtplatz 13
45127 Essen
Telefon: +49 201-2698-200
Fax: +49 201-2698-249
kai.gehring.wk@bundestag.de

Schon seit Jahren ringen die Parteien im Bundestag darum, wie sich ein immer weiteres Anwachsen des Parlaments verhindern lässt. Jetzt hat die Ampel-Koalition eine Wahlrechtsreform beschlossen. Der Essener Bundestagsabgeordnete der Grünen, Kai Gehring, sieht in der vom Bundestag beschlossenen Reform des Wahlrechts ein „wirklich wichtiges Signal“, weil man damit den Bundestag endlich wirksam und gerecht verkleinere.

Mit der Reform wird der Bundestag künftig eine Regelgröße von 630 Sitzen haben, das sind über 100 Abordnete weniger als derzeit. Gleichzeitig werden die Überhang- und Ausgleichsmandate abgeschafft, um endgültig auszuschließen, dass das Parlament weiter anwächst. Die 299 Wahlkreise bleiben wie bisher erhalten. „Damit setzt die Ampel den Grundcharakter des Wahlsystems, das Verhältniswahlrecht, konsequent um“, erklärt Gehring.

Veränderungen in der Parteienlandschaft haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass der Bundestag stetig angewachsen ist. Das habe laut Gehring nicht nur die Kosten gesteigert, sondern auch die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der „demokratischen Herzkammer“ gefährdet. „Es ist deshalb eine Frage der Reformfähigkeit und der Glaubwürdigkeit von Politik, dass wir nun diese Reform vornehmen“, sagt Kai Gehring.

Die Grünen fordern bereits seit Jahren eine wirksame Wahlrechtsreform. „Die Reform hat ein gerechtes Wahlrecht zum Ziel. Die Änderungen haben Auswirkungen auf die Fraktionsstärke aller Parteien, also auch auf uns Grüne“, betont Gehring. Man habe in den vergangenen Wochen viele Gespräche auch mit den anderen demokratischen Fraktionen geführt und Änderungen am ursprünglichen Reformvorschlag vorgenommen. Mit der Reform sei es nun gelungen, das Wahlrecht auf die Höhe der Zeit zu bringen.